

# Der Maler

## Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends  
Abonnementspreis 1,50 M. pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 36, Alsterterrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11508

### Billigungsaktion und Wirtschaftsdiktatur.

Man kann mit Kanonen nach Spazier schießen. Aber noch möglich, daß man mit Erbsen nach Armenen und Engen schießt. Diesen Eindruck hat man, wenn man die Billigungsaktion näher betrachtet, die der Reichskanzler zum 1. Oktober 1925 angekündigt hat. Das Kabinett hat sich über die Mittel zur Milderung der Teuerung Gedanken gemacht, wobei so gut wie gar nichts herausgekommen ist. Hat sich die Unternehmerverbände herangeholt und sieht in der Preisüberhöhung Maß zu halten. Man will — wer lacht da — auf die Gewerkschaften einwirken, diese ihre Lohnforderungen zurückstellen. Betrachtet man die steigende Teuerung, so muß man vor Augen stellen, daß die Einwirkungen auf die Gewerkschaften sicher einen untauglichen Versuch am untauglichen darstellen.

Mit welchen Mitteln will nun die Regierung, abgesehen von den Ermahnungen an die Unternehmer, die Teuerung nicht ganz in den Himmel wachsen zu lassen, den Kampf gegen die Teuerung führen? Man hat erklärt, die Ermäßigung der Umsatzsteuer unbedingt zur Preisbilligung benutzt werden muß. Das ist eine Maßnahme, die von selbst versiebt. Als die Umsatzsteuer vor einigen Jahren von 2 auf 1½ % herabgesetzt wurde, hat man an Preisen davon nichts gemerkt. Die Herabsetzung der Umsatzsteuer um ½ % bedeutet aber eine Summe von Millionen Goldmark. Um diese Summe sind die breiten Massen der Verbraucher einfach von den Unternehmern geprellt worden. Die Regierung hat das nicht bemerkt und ihre Pflicht nicht getan. Wenn sie sich jetzt dieser Pflicht befleißigt, ist es die allerhöchste Zeit. Merken Sie, bezweifeln wir, daß sie in ihrem Kampf, von dem sie sich ja eine Vorstellung machen kann, wie er geführt werden soll, wenn man die lauen Ermahnungen an die Unternehmerverbände berücksichtigt, Erfolg haben wird. Das gilt für das Bestreben der Regierung, die beschlossenen Maßnahmen in voller Höhe der Kraft treten zu lassen. Die Maßnahmen werden noch im Herbst dieses Jahres wirksam. Bis dahin werden sich die Unternehmer aber, wie unsere Erfahrung beweist, mit einer Fülle von Rohstoffen, die noch mit den erhöhten Zöllen belastet sind. Trotzdem sieht man allenthalben, daß der erhöhte Zoll bereits mit in den Preisen einkalkuliert ist. Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn die Preise steigen.

Die Frage ist hier die, wie die Reichsregierung die volle Wirkung des Gesetzes verhindern will. Darüber herrschen in Regierungskreisen durchaus nebelhafte Vorstellungen. Man hat dieses und jenes vorgeschlagen, wie zum Beispiel die härtere Anwendung der Kartellverordnung, Durchführung einer Käuferkontrolle durch Veröffentlichung der Groß- und Kleinhandelspreise in den Zeitungen. Sogar die Preisüberhöhung durch Verkauf der Gefrierfleischkontingente in Läden der Gemeinden und Konsumgenossenschaften, vorgelegt. Aber leider fehlt allenthalben der Mut, ernstlich gegen das Unternehmer- und Händlertum zu tun. Das ist natürlich; denn die gegenwärtige Regierung ist ja die Regierung des Unternehmertums, ist ihr eigen Fleisch und Blut.

Produktion und Handel haben denn auch die Ankündigung der Lutherschen Verbilligungsaktion ohne Erregung aufgenommen. Sie halten die ganze Verbilligungsaktion für Zauber, für schöne Theorie, aber für einen oberflächlichen Schein. Dabei betrachten diese Kreise die durch den Zollgeschaffene Lage höchst richtig und entsprechend ihrem politischen Standpunkt. Sie wissen ganz genau, daß die letzten Tagen bemerkbar gewordene Teuerung durch psychologische Ursachen beruht. Jeder fürchtet den Preisrückgang, jeder kauft an Rohstoffen und Waren ein, was er kaufen kann, und zahlt und fordert entsprechende Preise. Gerade so wie zur Zeit der großen Inflation, wo der Käufer jeden Preis fordern konnte, weil ihn der Käufer zum Kauf zwang. Jeder kauft an Rohstoffen und Waren ein, was er kaufen kann, und zahlt und fordert entsprechende Preise. Gerade so wie zur Zeit der großen Inflation, wo der Käufer jeden Preis fordern konnte, weil ihn der Käufer zum Kauf zwang. Jeder kauft an Rohstoffen und Waren ein, was er kaufen kann, und zahlt und fordert entsprechende Preise. Gerade so wie zur Zeit der großen Inflation, wo der Käufer jeden Preis fordern konnte, weil ihn der Käufer zum Kauf zwang.

Teuerung ist so eine unechte Teuerung, eine Teuerung ohne wirklich vorliegende Ursachen. Anders wird es erst diesen Herbst, wenn die neuen Zölle als Verteuerungsfaktoren wirklich in Erscheinung treten. Dann beginnt erst die echte Teuerung. Das sehen das deutsche Unternehmertum und der deutsche Handel sehr wohl ein. Mit diesem Augenblick rechnen sie. Auf ihn richten sie ihre Maßnahmen.

Zu guter Letzt handelt es sich darum, wer die Kosten für die Zollpolitik bezahlt. Setzt die Arbeiterschaft eine Lohnhöhung durch, wehrt sie also die Folgen der Zollpolitik ab, dann werden das Unternehmertum und der Handel einen Teil der Kosten tragen müssen. Das bedeutet Beschneidung der Unternehmergewinne. Die Gefahr ist in greifbarer Nähe gerückt. Die Steuer- und Zollpolitik der Regierung hat nicht nur die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft erregt, sondern auch jene Hunderttausende „wild gemacht“, die bei den letzten Wahlen für die Parteien der Brotkräuter und Fleischverteurer gestimmt haben. Man weiß, daß sich diese Massen die Abwälzung der Kosten der Zollpolitik ausschließlich auf ihre Schultern nicht widerstandslos gefallen lassen werden. Diesen Widerstand will man brechen.

Welche Mittel hat man dafür in Aussicht genommen? Schon seit Wochen ist die kapitalistische Presse am Werk, Stimmung für eine Wirtschaftsdiktatur zu machen; sei es in Form von neuen Ermächtigungsgesetzen, sei es in Form eines Abbaues der Rechte der Volksvertretung. Hinter der Pressepropaganda stehen Leute vom Schlage der Leiter des verachteten Stinneskongresses. Immer wieder wird über die Belastung der Wirtschaft durch die Sozialversicherung, durch die hohen Löhne, durch den Achtstundentag und durch die Eingriffe einer angeblich von den Gewerkschaften gestützten unfähigen staatlichen Wirtschaftsbürokratie gellagt. Immer wieder, wenn den Wucherern und Preismonopolisten einmal ein wenig auf die Finger gesehen wird, stellt man diese Maßnahmen, die tatsächlich unter der Regierung Luther kaum noch etwas zu bedeuten haben, als Eingriffe in die Wirtschaft hin, die unterbleiben müssen, wenn die Wirtschaft saniert werden soll. Daran knüpft man die Schlussfolgerung, daß dieses unter dem gegenwärtigen parlamentarischen System nicht möglich sei und nur durch die Wirtschaftsdiktatur Senkung der Preise bringen könne. Wie man sich aber diese Senkung der Preise vorstellt, darüber hat man sich auch schon geäußert. Das entsprechende Programm sieht unter anderem Verlängerung der Arbeitszeit, ein Streikverbot, beziehungsweise Beseitigung des Schlichtungsverfahrens und eine entsprechende Lohnreduktion vor.

Das ist die Preisbilligung, wie sie das deutsche Unternehmertum will. Diese Preisbilligung bedeutet aber nichts anderes als eine weitere Belastung der Arbeiterschaft, als die einseitige Abwälzung der Liebesgaben-, Steuer- und Zollpolitik auf die Schultern der Verbraucher, die brutale Verhinderung einer notwendigen Angleichung der Löhne an die tatsächliche Teuerung. Das hat die Arbeiterschaft in Zukunft im Auge zu behalten. Sie darf sich durch Maßnahmen, wie die Luthersche Verbilligungsaktion, nicht über den wahren Stand der Dinge täuschen lassen; wie sie auch die schönen Gefänge von der Wirtschaftsdiktatur glatt ablehnen muß. Denn das parlamentarische System in der deutschen Republik gibt Arbeitern und Verbrauchern die Möglichkeit, politischen Einfluß und politische Macht zu gewinnen. Erst im Besitz dieser politischen Machtmittel wird die Arbeiterschaft den neuen Kurs in der Wirtschaftspolitik bestimmen können. Erst der siegreiche Kampf gegen die Wirtschaftsdiktaturen wird es ermöglichen, daß man der beabsichtigten Preisbilligung soziale Gerechtigkeit gegenüberstellt.

### Preisabbau oder Lohnerhöhungen?

Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hatten sich am 21. August zusammengefunden, um Beratungen zu pflegen, wie das Problem Lohnerhöhungen oder Preisabbau zu lösen sei. Die Ministerien der Reichsregierung, der Länder, Vertretungen öffentlicher Betriebe waren bei diesen Beratungen zugegen. Anlaß hierzu boten die Ausführungen des Reichskanzlers, in seiner Reichstagsrede vom

8. August, daß vom 1. Oktober an eine allgemeine Preisbilligungsaktion einsetzten solle. Dr. Luther hatte dieses Versprechen schon einmal im Juli 1924 als Reichsfinanzminister abgegeben, ohne daß irgendwie eine Erleichterung zu verspüren gewesen wäre. Zum zweiten Male soll also ein untauglicher Versuch am untauglichen Objekt gemacht werden. Und nun hören wir, wie die Spitzen der deutschen Industrie hierbei mitzuarbeiten gedenken.

In der in dieser Sitzung angenommenen Entschließung heißt es: „Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände sind bereit, mit allen Kräften die Wünsche der Reichsregierung hinsichtlich der Preisgestaltung zu unterstützen. Sie halten es für erforderlich, daß die Ermäßigung der Umsatzsteuer vom 1. Oktober an auf 1 % in vollem Umfange in der Preisgestaltung auf allen Stufen der Gütererzeugung und der Güterverteilung zum Ausdruck kommt. Sie erwarten deshalb, daß die ihnen angebotenen Unternehmungen bei der Preisbilligung dementsprechend verfahren.“

Bezüglich des Kartellwesens vertreten die Spitzenverbände der Industrie die Ansicht, daß unter der Voraussetzung einer gesunden und verantwortlichen Kartellpolitik Kartelle notwendig sind. Ueberspannungen und Mißbräuche im Kartellwesen können unter keinen Umständen eine Stütze durch die Spitzenorganisationen der Industrie finden. Diese sind deshalb bereit, eine gründliche Durchprüfung der Grundlagen der Kartelle vorzunehmen in Verbindung mit der Regierung, und ungefundene Erscheinungen auf dem Gebiete des Kartellwesens zu beseitigen.“

Was soll man zu einer so lenienten Entschließung sagen, in einer Zeit, wo die Spannung zwischen Lohnarbeit und Kapital zur Steinhöhe gediehen ist? Hier, wo nur praktische und greifbare Vorschläge am Platze sind, wo Mundspitzen nicht mehr hilft, sondern gepfiffen werden muß, begnügt man sich mit dem Versprechen, den vierzig Teil eines Prozents „auf allen Stufen der Gütererzeugung und Güterverteilung“ in die große Aktion des Preisabbaues einzusetzen! Man könnte lachen, wenn es nicht so furchtbar ernst um diese Probleme stände.

Und nun erst mit der Revision des Kartellgesetzes! Ausgerechnet der Reichsverband der deutschen Industrie will hier eine Belästigung vornehmen. Daß diese ohne Wasser vor sich gehen wird, braucht hier nicht erst betont zu werden. In Deutschland wurden im Jahre 1924 nicht weniger als 3050 Kartelle gezählt, davon allein 2500 in der Industrie. Im Jahre 1905 waren dagegen erst 420 Kartellorganisationen vorhanden. Gibt es doch allein in der Papierfabrikation und im Papierhandel 78 Vereinigungen, die als Kartelle anzusprechen sind. Ungefährlich dieser drohenden Entwicklung fühlte sich selbst das offizielle Organ der Nahrungsmittelkammern gezwungen, zu schreiben: „Das ist schließlich nichts anderes, als die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft aus privater Initiative. Alle einsichtigen Wirtschaftskreise sollten hier im eigenen Interesse für Abstellung der Mängel sorgen. Uebertriebene Kartellpolitik bedeutet Rückgang der Produktion, Verlust der Märkte, Unterbindung des technischen Fortschritts und des freien Unternehmertums.“ Das sind männliche Worte, die man vergebens in der Entschließung der Spitzenorganisationen der Unternehmer sucht. Statt dessen liest man dort, daß Kartelle notwendig sind.

So kann man also mit fester Voraussicht prophezeien, daß die ganze Preisbilligungsaktion, die von der Regierung und den Spitzenorganisationen der Unternehmer angekündigt wird, im Sande verlaufen wird. Das ganze ist nur darauf berechnet, die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen von der energischen Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder abzuhalten. Schon stellt sich das Reichsarbeitsministerium hierauf ein, indem die Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen abgelehnt wird, die eine Erhöhung der Lohnbezüge vorsehen. Die Reichsbahn hat in den Verhandlungen mit den Eisenbahnerorganisationen erklären lassen, daß sie „nicht in der Lage sei, über das bisherige Angebot hinauszugehen“. Sie sei gewillt, den Reichskanzler in seiner Aktion, die Produktionskosten zu verringern, zu unterstützen. Von den Schlichtern im Lande wird ebenfalls jede nennenswerte Lohn- oder Gehaltserhöhung mit denselben Gründen abgelehnt.

Die Arbeiterschaft steht mithin bereits einer geschlossenen Phalanx von Unternehmern und öffentlichen Gewalten gegenüber. Das ist die Tatsache, der es ins Auge zu sehen gilt. Wie soll sich die Gewerkschaftsbewegung nun zu der ganzen Frage einstellen? Soll sie sich auf unsichere Versprechungen einlassen? Soll sie die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit auf spätere Zeiten vertagen? Nein! Wenn dieser Entschluß gefaßt werden sollte, dann hieße dies der Gewerkschaftsbewegung das Grab schaufeln. Die Regierung von heute und die

Spitzen der Unternehmer sind so unsichere Rationisten, daß auf deren Worte kein Verlaß ist. Man würde sich den Teufel um die soziale Lage der großen Masse kümmern, wenn man nicht wüßte, daß die Forderungen der Gewerkschaften berechtigt sind! Und weil die Stärke der Gewerkschaftsorganisationen zu wachsen beginnt, deshalb sucht man den reißenden Strom der Unzufriedenheit mit unzulänglichen Glaubdämmen in das friedliche Bett einer Massenharmonie zu lenken. Dabei mitzuhelfen haben die Gewerkschaften keine Veranlassung.

Mit kalter Brutalität wurde die Kollaboration durchgepeitscht. Die Stimme der Gewerkschaften, hier Einhalt zu gebieten, wurde mit Absicht überhört oder durch lärmende Phrasen zu überdönen gesucht. Nun mögen die Herren sehen, wie sie fertig werden. Die Arbeiterklasse muß nach all den Jahren des Hungers den gebührenden Anteil am Ertrage ihrer Arbeit fordern. Davon kann sie sich auch nicht abhalten lassen, wenn ihr Preisentzug im Ausmaß eines Viertelprozents versprochen werden!

### Unternehmer gegen Unternehmer.

Bekanntlich veröffentlichte die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände den Denkschriftenkrieg mit einer geheimen Denkschrift an die Reichsregierung, in der sie der Erde ganzes Jammerthal zurückführte auf die unhalbbare Belastung der Wirtschaft mit Steuern und sozialen Lasten, auf die hohen Löhne der Arbeiterschaft und den Achtstundentag. Die Gewerkschaften wiesen diese Angriffe auf die Arbeiterschaft zurück und rühten diese Behauptungen ins rechte Licht. Die darauf erfolgte Rechtfertigung der Arbeitgeberverbände war so fadenscheinig, daß sie im eigenen Lager ohne jeden Eindruck blieb. Verantwortliche Kreise, die mehr von der Wirtschaft verstehen als die Borsig, Längler & Co. wollten und konnten diesem unwürdigen Spiel der Arbeitgeberhauptidee nicht länger zusehen. Sie faßten den Entschluß, die Schäden der Wirtschaft dort aufzuzeigen, wo sie sind: im Arbeitgeberlager!

Die Handelskammer in Hamburg hat jetzt eine Denkschrift an den Hamburger Senat gerichtet, in der sie sehr deutlich wird. Und diese Hamburger Unternehmerkammer, die wohl wie keine andere mit der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft aufs engste verbunden und sie zu beobachten Gelegenheit hat, kann und wird wohl nicht ohne weiteres von der übrigen deutschen Unternehmerschaft abgelenkt werden, es sei denn, sie treibt bewußt Vogel-Strauß-Politik.

Gewiß, auch die Hamburger Handelskammer stellt fest, daß neben den Steuern die sozialen Lasten erheblich an einer Verteuerung der Produktion beitragen und verschweigt auch nicht, dafür ist sie eine Unternehmerkammer, daß bei der Verteuerung der Fertigerzeugnisse der Anteil des Lohnes eine wesentliche Rolle spielt. Sie weiß aber der Lohnfrage auch diese Seite abzugewinnen: „Was zu einem gewissen Grade sind die Löhne abhängig von den Lebenshaltungskosten, und daher muß die Arbeit der beruflichen Stellen hier beginnen und mit allen tauglichen Mitteln auf eine Senkung der Lebenshaltungskosten hingewirkt werden. Im letzten Juniheft der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ ist hinsichtlich der Lebenshaltungskosten im Deutschen Reich ausgeführt worden, daß die Lebenshaltungskosten, Ernährung und Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf, gegenüber dem Vormonat Mai um ein beträchtliches gestiegen sind. Die Steigerung sei namentlich auf eine Zunahme der Kosten des Ernährungsbedarfs zurückzuführen, die — abgesehen von dem jahreszeitlichen Anziehen der Gemüse- und Eierpreise — vor allem in der allgemeinen Preiserhöhung von Fleisch- und Fleischwaren ihre Ursache hat. Diese andauernde Steigerung des Preisniveaus, die in der letzten Zeit festzustellen ist, muß den gewissenhaften Beobachter mit Sorge erfüllen. Die Ursachen der größeren Lebenshaltungskosten liegen teilweise wieder auf denselben Gebieten wie diejenigen, die für die Verteuerung der Produktion im allgemeinen angeführt worden sind. Da aber, wie erwähnt, die Lebenshaltungskosten für die Höhe der Löhne und Gehälter bestimmend sind, so ist es erforderlich, dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zu schenken.“

Sehr viel deutlicher wird die Denkschrift aber nach der Seite der Wirtschaftverbände und zeichnet deren Riesenanteil an der Schuld des Daniederliegens der deutschen Wirtschaft schonungslos auf: Die Zahlungsgepflogenheiten der Fabrikantenverbände tragen ihr Teil dazu bei, daß die erwünschte Steigerung des Exports und der Absatz der Fabrikate im Inland gehemmt wird. Alle Zahlungs- und Lieferungsbedingungen finden in der Konkurrenz des Auslandes ihre Grenze. Der Exporthandel hat wiederholt erfahren müssen, daß an den Zahlungs- und Lieferungsgepflogenheiten der Fabrikantenverbände die Ausführung von Aufträgen gescheitert ist.

Eine Frage, der von den zuständigen Stellen größte Aufmerksamkeit in der Folgezeit zugewandt werden muß, ist die der Preiskonventionen der Kartelle, deren Zahl gegenüber der Vorkriegszeit außerordentlich gewachsen ist. Wenn auch auf einzelnen Gebieten der Industrie ein kartellartiger Zusammenschluß volkswirtschaftlich erwünscht sein kann, so muß seitens der Regierung mit allen Mitteln dort vorgegangen werden, wo sich zum Schaden der Gesamtwirtschaft Anzeichen der kartellmäßigen Bindung zeigen. Die Handhabe für ein Eingreifen bietet die Verordnung über Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung, die aber, wie es scheint, nicht immer dort angewandt wird, wo es zweckmäßig erscheint. Daher sollte zunächst seitens der Regierung in eine allgemeine Nachprüfung der bestehenden Kartelle und in eine Erziehung darüber eingetreten werden, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um einem weiteren Vordringen ungesunder Preispolitik der Kartelle vorzubeugen. In diesem Zusammenhang ist vornehmlich auch auf die Preispolitik der Innungen aufmerksam zu machen, die nach den in der Öffentlichkeit laut gewordenen Klagen nicht immer die ihnen zustehende Rolle im wohlverstandenen volkswirtschaftlichen Interesse

gebrauchen. Soweit den Mitgliedern von den Innungen Richtpreise vorgeschrieben werden und es ihnen verboten wird, unter diesen Preisen zu verkaufen, ist die Handhabe für ein Eingreifen durch den Staat, der sie duldet, gegeben.“

Nach Ansicht der Handelskammer sind als Verteuerungsmomente „nicht nur Gründe der obengenannten Art, wie Steuern, Soziallasten, Zinsen usw. zu nennen, sondern vor allem scheint die Preispolitik gewisser Verbände und Innungen nicht immer das volkswirtschaftliche Interesse in genügendem Umfange zu berücksichtigen. Nicht zuletzt scheint es aber auch das immer noch zu beachtende Bestreben gewisser Kreise zu sein, gewohnheitsmäßig das früher vielleicht berechnete, heute zu verurteilende Risiko einer Währungsverschlechterung in den Preisen einzurechnen. Schließlich glaubt die Handelskammer eine weitere Ursache der Preissteigerung darin zu sehen, daß der Verteilungsorganismus der deutschen Wirtschaft in der ungeheuerlichsten Weise aufgebläht ist. Die Zahl der Firmen, die zwischen dem Produzenten und Konsumenten eingeschaltet haben, ist gegenüber der Vorkriegszeit trotz des viel geringeren Güterumfahes und der geringeren Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes außerordentlich gestiegen. Für Berlin ist beispielweise festgestellt, daß die Zahl der ins Handelsregister eingetragenen Firmen um etwa 100 % gestiegen ist. Für Hamburg sind von der Handelskammer gleiche Berechnungen angestellt, die zu einem Ergebnis kommen, daß sich hier die Zahl der eingetragenen Firmen um zirka 50 bis 60 % erhöht hat. Ähnliche Berechnungen sind von dem Statistischen Amt der Stadt Offenbach für den Lebensmittelhandel angestellt, die zu dem gleichen Ergebnis kommen. Wenn auch anzunehmen ist, daß sich der Vereinigungsprozeß durch Ausschleiden überflüssiger Mitglieder der Volkswirtschaft fortsetzen wird, so muß im Augenblick doch gesagt werden, daß die absolut relativ grobe Zahl der Groß- und Kleinhandelsbetriebe mit einer Ursache für die Verteuerung der Lebenshaltungskosten sind.“

Man muß sagen, daß die Handelskammer in Hamburg, die sonst nicht im Rufe einer sozialdenkenden und handelnden Unternehmerkammer steht, sich hier bemüht hat, die Schäden unserer Wirtschaft objektiv bloßzulegen. Sie hat aber auch zugleich aufgezeigt, welche ungeheuren Vertiefungsmöglichkeiten dem „Reiter“ Deutschlands erwachsen, wenn er nur zugreifen wollte. Aber alle Kritik nützt nichts, wenn seitens der Regierung nicht die Energie aufgebracht wird, die deutschen „Wirtschaftsführer“ im Unternehmerlager auf ihre Unfähigkeit, die Wirtschaft zu erhalten, hinzuweisen, und wenn sie nicht den Mut aufbringt, ernsthaft die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Forderungen nach Reorganisation der deutschen Wirtschaft zu prüfen und durchzuführen.

### Lehrlingsausbildung.

Unser Artikel „Was tut der Jugend not?“ in Nr. 28 des „Maler“ hat Anstoß bei Herrn Rettig, Obermeister der Berliner Malerinnung, erregt. Er nimmt dazu in Nr. 31 der „Berliner Maler-Zeitung“ vom 1. August 1925 Stellung. Wir nehmen ihm das als Vertreter überlebter Ansichten in Lehrlingsfragen nicht weiter übel, wissen wir doch seinen Schmerz zu würdigen, daß alles Ziehen am Jungkopf nicht rückwärts führt. Trotzdem fühlen wir uns verpflichtet, einiges zu dem zu sagen, was auf unsern Artikel geantwortet wird.

Wir freuen uns, daß auch Herr R. zugibt, daß die Filialen unseres Verbandes mit durchaus zielbewussten Leitern besetzt sind. Wenn er meint, daß sie diese Art Artikel im „Maler“ als ein Evangelium ansehen, deren Wirkung eine nachhaltige ist, wünschen wir nur, daß er damit wirklich recht hat.

Er wird auch insofern damit das Richtige getroffen haben, als Artikel, die dem Vorwärtstreben der Menschen nach höheren Formen menschlichen Zusammenlebens Ausdruck geben, eher Beachtung finden werden als die, in denen versucht wird, längst überholtem neues Leben einzuhauchen. Wenn man auch dazu von bestimmter Seite immer wieder übergeht, wird der Erfolg doch ein negativer sein.

Nachdem Herr Rettig einen kurzen Auszug aus dem Artikel im „Maler“ wiedergibt, in dem zum Ausdruck kommt, daß die Gehilfen dafür zu sorgen haben, daß die Lehrlinge von den Meistern nicht nur als billige Arbeitskräfte benutzt werden usw., fährt er fort: „Restlos könnte man den obigen Ausführungen seine Zustimmung geben und energisch die Abstellung der genannten Mißstände fordern und zu erstreben helfen.“ Aber, meint er weiter, sie bestehen ja gar nicht, oder nur in vereinzelten Fällen. Unsere Erfahrungen lehren uns aber etwas anderes. Nur wenn der Lehrmeister in grober Weise seine Pflicht verlegt, gestattet es Herr R., daß ein Gehilfe dem Lehrmeister Vorhaltungen macht. Aber warum, so fragen wir, soll der Gehilfe erst das Recht haben, sich um die Ausbildung des Lehrlings zu kümmern, wenn der Lehrherr seine Pflicht in grober Weise verlegt, warum nicht von vornherein, damit es gar nicht erst zu einer Verletzung der Pflichten kommen kann? Ist nicht das Vorbeugen besser als das Wiedergutmachenvollen eines schon eingetretenen Schadens? In der Praxis wird es doch immer so sein, daß der Lehrmeister, der seine volle Pflicht bei der Lehrlingsausbildung tut, auch dann, wenn der Gehilfe das Recht hat, dabei mitzuwirken, ganz unbehelligt bleibt. Betroffen werden sollen nur die andern, wobei ganz außer Betracht bleiben kann, wieviel das sind, und daß es bei diesen notwendig ist, wird ja auch von Herrn R. nicht bestritten.

Wenn nun aber ganz naiv gefragt wird, warum in dem Artikel im „Maler“ gesagt wurde, daß Meldungen über Mißstände usw. an die Filialverwaltung oder den Gesellenausschuß und nicht an den Vorstand der zuständigen Innung gemacht werden sollen, so wollen wir ihm verraten, daß das geschehen ist, einmal, weil wir wissen, daß Beschwerden beim Innungsvorstand oft ungefähr dasselbe bedeuten, als wenn man den Teufel bei seiner Großmutter verflucht; zweitens, weil unserer Ansicht nach der Gesellenausschuß auch bei den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen über die Lehrlingsausbildung das Recht hat, dat-

über in der Innungsversammlung mitzureden, und möchten wir es empfindlichen Unternehmern doch leicht machen, die Kollegen, die den Mut anfinden, die Begehren einzutreten, loszuwerden. Es nicht vorhinflüchtigen Geist wirkende Meister in der sind, wird man auch sachlich vorgetragenen Beschwär Gehilfen Beachtung schenken.

Wir können von hier aus nicht nachprüfen, von Herrn R. den Berliner Innungen gebührende Recht besteht. Aber wenn das der Fall ist, wäre dann nicht die Unrichtigkeit des von uns vertretenen punktes nachgewiesen. Herr R. weist ja selbst darauf daß unser Organ in ganz Deutschland gelesen wird, wir wissen doch, wie ungeheuer groß zum Teil die stände sind, die bei der Lehrlingsausbildung in einzelnen Städten — von den Dörfern ganz zu schwehen bestehen. Anstatt sich gegen unsere Mißhilfe zu sollte man besser mit uns zusammen dem zu einem tüchtigen Nachwuchs verhelfen. Mehr als Wahrung überlebter Innungsrechte sollte jedem wirk Gewerbe fördern wollen den Meister an der bildung einer genügenden Zahl erstklassiger Gehilfen weil damit die wirtschaftliche und kulturelle Gebu Gewerbes erst ermöglicht wird.

Noch viel hinfalliger ist die Aufregung darüber wir wünschen, daß sich die Lehrlinge gewerkschaft ganisieren sollen. Erstens haben sie dank der Reifung ein Recht darauf, sich zusammenzuschließen, wenn schon ein dahingehender Paragraph in der Reifung steht, dann doch wohl, um den jugendlichen Lehrlingen die Möglichkeit ganz besonders zum g schaftlichen Zusammenschluß zu geben. Und nicht viel besser, sie werden hier sachlich und in beg Allgemeinwissen weitergebildet, als daß man sie ber und dem Rino überläßt? Aber solche Gedanken Herr R. scheinbar nicht. Auf ihn wirkt das Wort schaft immer noch wie das rote Tuch. Mag der Beruf auch schlecht fahren.

Wir glauben, behaupten zu können, daß übera die Gehilfen bis jetzt Gelegenheit hatten, an der Me des Lehrlingswesens mitzuarbeiten (siehe Buchdrucker Gewerbe davon keinen Macheil hatte.

Wenn Herr R. zum Schluß sagt, die Mißhilf älteren erfahrenen Gehilfen wird dankend angenommen zeigt uns das, daß auch er der Ansicht ist, daß es Pragis bei der Lehrlingsausbildung ohne die Mißhilf Gehilfen nicht geht. Und das beweist diese jeden durchschlagender Weise. Wie würde es um die Aus so manchen Lehrlings bestellt sein, wenn er auf ge wiesen wäre, was er von seinem Lehrmeister er Viele Meister kümmern sich doch nur noch um die männliche Seite des Betriebes und kommen nur auf die Arbeitsstelle. Was wird in solchen Ges aus den Lehrlingen, wenn sich die Gehilfen nicht ih nehmen? Weil aber in Wirklichkeit schon die G zum mindesten den gleichen Anteil wie die Meister a Lehrlingsausbildung haben, darum fordern wir, daß dieses auch als gesetzliches Recht zugestanden wird.

### Aus unserm Beruf.

Wiesbaden. Am 28. August fand die Versam unserer Filiale und Umgebung in Wiesbaden statt. breitere sich der Geschäftsführer über die allgemeine schaftliche Lage, die durch die Reichspräsidentenwahl, deren innen- und außenpolitische Wirkung stark beein worden ist. Die erhoffte Konjunktur für das Maler- Rändergewerbe erwies sich als Trugbild. In den Mo April, Mai und Juni waren immer noch arbeitslose Ko Kollegen vorhanden; außerdem war noch ein Teil als standarbeiter beschäftigt. Die Zahl der Erwerbslosen noch höher, wenn die erwerbslosen Kollegen aus dem Kreis Wiesbaden und dem Rheingau mitgezählt werden die eigene Vermittlungsstellen bestehen.

Die hiesige Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes lange, die Arbeitszeit von 45 Stunden auf 48 Stunde der Woche auszudehnen. Die Verhandlungen hierüber liefen die verschiedensten Instanzen und stießen bei Kollegen auf Widerstand, weil noch nicht alle Berufs hörigen in Beschäftigung sind. Die Arbeitgeber mühen allgemeine ungünstige Lage zu ihren Gunsten aus. Streitfrage unterliegt noch der endgültigen Entsch Ganz ohne Erfolg sind aber die örtlichen Verhandlu nicht gewesen, kleine Verbesserungen sind bei den Entf gungsfähigen für Lehrlinge erzielt worden, sowie für Kollegen, die Studarbeiten verrichten, ein Aufschlag 5 % auf 20 J. Sehr erfreulich konnte über die Mitglie bewegung berichtet werden, die erheblich stieg und den d densstand wieder erreicht hat. Immerhin sind noch or sationsfähige Kollegen vorhanden. Die Kasserverhältnisse Ort haben sich günstig entwickelt, obwohl manche gr Ausgaben gemacht wurden. Ueber die Bauhüttenbewe am Ort entspann sich eine längere interessante Auspr Der Vorschlag der Filialverwaltung, einen Stammanteil 1000 M zu zeichnen, wurde mit allen gegen zwei Stim angenommen. Die Ernennung des Gesellschafters soll t späteren Versammlung vorbehalten bleiben. Das Erg der Verhandlung zeigt einen Fortschritt in der Bewege alle Teilnehmer brachten zum Ausdruck, daß in der Be arbeit noch manches zu leisten sei, und alle müßten sich Mitarbeit zur Verfügung stellen, um einen eventuellen griff erfolgreich abwehren zu können. Wenn auch nicht, Zahlstellen ihre Vertreter entsandt hatten, so waren doch Drittel der Gesamtkollegenchaft vertreten. In den D deren Vertreter am Erscheinen verhindert waren, soll Zahlstellenversammlungen für die nötige Aufklärung ge werden.

### Aus Unternehmerrreisen.

Der Hauptauschuß für das deutsche Maleroge tagte vom 12. bis 14. August in Berlin. Nach den Beru in der Unternehmerrpresse nahm diese einen guten Ver und brachte allen Teilnehmern mancherlei Anregung



auf die Volkswirtschaft, Volksernährung und die Ausfuhr wirken. Einige Hinweise sollen den wahren Charakter der Zollnovelle zeigen:

1. Bereits vor der Verabschiedung der kleinen Zollnovelle hatten wir ein Hochschulgolfsystem. Von den insgesamt 946 Positionen des Zolltarifs wurden seit 1920 239 ganz, 38 zum Teil erhöht, und zwar oft auf das Vielfache der früheren Sätze.

2. Die „keine Zollnovelle“ verfolgt den Zweck, auch die Zölle für die übrigen Positionen zu erhöhen und Getreidezölle einzuführen. Damit sollte ein „lückenloser Zolltarif“, der sich auf sämtliche Waren erstreckt, geschaffen werden. Ein lückenloser Zolltarif ist aber ein volkswirtschaftlicher Unsinn, da der allgemeine Zollschutz sämtliche Waren verteuert und den Vorteil des Volkes durch die verteuerten Produktionskosten aufhebt. Der lückenlose Zolltarif hat daher ausschließlich den Sinn, durch den langen Prozeß der Zollüberwälzung den letzten Verbraucher auszuplündern. Dies hat aber in den Einkommen der Verbraucherschichten seine Grenzen und muß daher zum Rückgang der Produktion führen.

3. Es wurde behauptet, daß die hohen Zölle nur als Vertragsszölle zu betrachten sind, die auf dem Wege der Verhandlungen mit andern Ländern herabgesetzt werden können und sollen. Dazu soll bemerkt werden: a) Die Viehzölle sind als Mindestzölle festgesetzt, können daher nicht herabgesetzt werden; b) die Getreidezölle wurden zwar nicht im Gesetz, sondern durch stille Vereinbarung der Rechtsparteien als Mindestzölle gebunden; c) alles deutet darauf hin, daß auch mit den mächtigen Industriegruppen stillschweigende Vereinbarungen getroffen wurden, daß die Industriezölle nicht unter ein gewisses Maß gesenkt werden; d) der Handelsvertrag mit Belgien gibt eine Kostprobe davon, wie weit die Herabsetzung der autonomen Zölle geht. In einer Zusammenstellung der „Frankfurter Zeitung“ wurde gezeigt, daß die Vertragsszölle der wichtigsten Warengruppen gegenüber Belgien immer noch zwei- bis-fünffach so hoch sind wie die Vorkriegsszölle, die an sich schon hoch waren.

4. Die jetzt durchgesetzten Zölle werden auch deshalb für lange Zeit in voller Höhe in Geltung bleiben, weil Deutschland kaum einige Handelsverträge abgeschlossen hat. Die wichtigsten bisher zustande gekommenen Handelsverträge mit England und den Vereinigten Staaten kommen vorerst deshalb nicht in Frage, weil diese reine Meistbegünstigungsverträge sind, das heißt ihren Inhalt von den übrigen Handelsverträgen Deutschlands erhalten. Solche sind aber nicht oder kaum vorhanden. Im Gegenteil hat Deutschland mit Polen einen Zollkrieg, mit Italien nur einen provisorischen Vertrag. Der Vertrag mit Spanien wurde gekündigt, die Verhandlungen mit Frankreich wurden abgebrochen. Das handelspolitische Verhältnis zu Holland und Rußland ist mehr als problematisch. Da mit dem Zustandekommen vorteilhafter Handelsverträge für absehbare Zeit nicht zu rechnen ist, werden die neuen Zölle voll in Geltung bleiben.

5. Auf die Entwicklung der deutschen Ausfuhr wird der Hochschulgoll, der die Produktionskosten im Inland verteuert, verheerend wirken. Die Behauptung, daß bei hohen Preisen im Inland eine billige Ausfuhr möglich sei, enthält mehrfache Trugschlüsse: a) Bei den durch die Schutzzölle verteuerten inländischen Produktionskosten muß der inländische Absatz zurückgehen und deshalb wird eine Verbreiterung der Produktionsbasis, die eine billige Ausfuhr allein ermöglichen würde, nicht geschaffen; b) das beschriebene Dumping wird zu Vergeltungsmaßnahmen anderer Länder führen, oder es werden diese mit ähnlichen Methoden wie Deutschland Dumping treiben und damit den deutschen Dumpingvorteil überwinden. Darüber hinaus wird das Ausland infolge des deutschen Dumpings billige Produktionsmittel aus Deutschland beziehen und kann dadurch seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt Deutschland gegenüber steigern; c) Die Zölle in Verbindung mit den kartellierten werden dazu beitragen, die nötige Rationalisierung der Wirtschaft zu hinfertigen, indem selbst die unter den ungünstigsten Produktionsbedingungen arbeitenden Betriebe auf Kosten der gesamten Volkswirtschaft weiter bestehen bleiben.

6. Unter den Industriezöllen werden die Eisenzölle, die in der Inflationszeit um das Dreifache gegen die der Vorkriegszeit erhöht und jetzt unverändert beibehalten wurden, eine verheerende Wirkung haben. Die eisenerarbeitende Industrie, die einem Viertel der Arbeiterchaft Beschäftigung gibt, wird in schweren Mangel geraten. Durch die erhöhten Eisenpreise werden auch die Selbstkosten der Eisenbahn erhöht, was zu einer Erhöhung der Transportkosten führen muß. Das aber die Ausfuhr der eisenerarbeitenden Industrie ansehnlich, so wird das innerdeutsche Eisenabkommen für die Rückverteilung der Differenz zwischen dem Inlandspreis und dem Weltmarktpreis des Eisens bei der Ausfuhr von Fertigprodukten die Schwierigkeit nicht lösen. Wird doch immer nur ein Teil der Gesamtenergie rückvergütet werden können.

Exportfähigkeit der deutschen Autoindustrie. Die deutsche Autoindustrie macht gegenwärtig angefeindete Verluste, gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig zu werden. Infolge der Tarifverträge steht ihr der Inlandsmarkt offen, das Fehlen einer nennenswerten Konkurrenz drückt sich hier in hohen Preisen aus. Für die Autoindustrie ist bekanntlich ein Erziehungszoll vorgezogen, dessen Höhe sich von Jahr zu Jahr vermindern. Man kann gespannt sein, ob diese Karte ausreicht, um die deutsche Autoindustrie konkurrenzfähig und organisatorisch so auf die Höhe zu heben, daß sie jede Konkurrenz mit dem Ausland aushält. Von Interesse dürfte eine amerikanische Statistik sein über Produktion und Ausfuhr von Autos. Die 5 wichtigsten Länder im Jahre 1924:

Table with 4 columns: Land, Produktion, Ausfuhr, % d. d. d. Produktion. Rows: Amerika, Frankreich, Kanada, England, Deutschland.

Deutschland schneidet, wie die Zusammenstellung beweist, schlecht ab. Allerdings ist hier zu berichten, daß die schweren Lastkraftwagen in den deutschen Zahlen nicht enthalten sind. Zu der Zusammenstellung selbst ist noch zu bemerken, daß der Prozentsatz der amerikanischen Ausfuhr klein ist; dieses reiche Land vermochte die große Produktion fast ganz aufzunehmen.

Einen Vergleich der deutschen und schweizerischen Soziallasten bringt die „Soziale Praxis“ auf Grund von Feststellungen schweizerischer Unternehmer. So sehr auch solche Angaben mit Vorsicht aufgenommen werden müssen, bieten sie dennoch manch interessantes Material. Die soziale Belastung beträgt in Deutschland nach amtlichen Angaben, die vor einiger Zeit im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht wurden, für die Kranken-, Invaliden-, Angestellten- und Unfallversicherung im Jahre 1924 1290 Millionen Mark gegenüber 1102 Millionen Mark im Jahre 1918. Da die schweizerische Bevölkerung nur ein Sechstel der deutschen ausmacht, würde eine der deutschen entsprechende Sozialbelastung in der Schweiz nur 100 Millionen Franken beanspruchen. Demgegenüber kostete die schweizerische Unfallversicherung, allein im Jahre 1923 46,5 Millionen Franken (Betriebs- und Nichtbetriebsunfälle zusammen gerechnet), die Alters- und Hinterbliebenenversorgung wird bei Zugrundelegung von 400 Franken Jahresrente 106 Millionen beanspruchen, für die vorgezeichnete Kranken- und Mutterschaftsversicherung wurden 100 Millionen Franken jährlich in Aussicht genommen. Diese drei Versicherungen würden demnach, ohne die Invaliden- und Arbeitslosenversicherung, 260 Millionen Franken kosten.

Bei der Unfallversicherung würde sich nach den Angaben der schweizerischen Unternehmer folgendes Verhältnis ergeben: Auf 1000 M Lohnsumme kamen in Deutschland im Jahre 1924 8,50 bis 9,50 M Kosten (1918 18 bis 14 M). In der Schweiz entfielen dagegen auf 1000 Franken Lohnsumme 1918 33, 1923 27,50 Franken, wobei die Beiträge des Bundes zu den Verwaltungskosten und dem Kostenbesonders nicht eingerechnet sind. — Daraus ist deutlich zu ersehen, wie es in Wirklichkeit mit der „unerträglich“ Belastung der deutschen Unternehmer“ aussieht, die immerfort behaupten, kein Land in Europa habe so hohe Soziallasten zu tragen wie Deutschland.

**Gewerbe- und soziale Hygiene.**

Die hygienischen Einrichtungen sind in den amerikanischen Betrieben besser als in den europäischen. Die staatlichen und öffentlichen sozialpolitischen Einrichtungen sind in den Vereinigten Staaten viel weniger entwickelt als in Europa. Sozialversicherung, Gewerbeaufsicht sind in den europäischen Industrieländern weit mehr fortgeschritten als dort. In diesen sind die hygienischen Einrichtungen der einzelnen Betriebe in Amerika viel weiter ausgebaut als bei uns. In den amerikanischen Großbetrieben werden in der Regel Ärzte beschäftigt, nicht nur zur Prüfung des Gesundheitszustandes bei der Arbeitseinstellung, sondern auch zur ständigen Beratung und Behandlung der Arbeitnehmer. Diesbezüglich wurde jüngst eine Untersuchung, die sich auf 446 amerikanische Betriebe erstreckte, durchgeführt. Es ergab sich, daß 265 dieser Betriebe hauptamtlich Ärzte beschäftigten, 365 Ärzte waren in den Betrieben nebenamtlich verpflichtet, 773 Ärzte standen nach Bedarf zur Verfügung, außerdem wurden 13 ständige Zahnärzte, 78 nebenamtliche Zahnärzte, 152 Krankenschwestern, 693 Krankenschwesterninnen, 268 Assistenten und 361 Gehilfen angestellt.

Ein amerikanisches Mitglied der Völkerbundkommission für die Untersuchung der gesundheitlichen Verhältnisse in der Industrie, Dr. P. Geier, bereiste vor kurzem die europäischen Industrieländer und berichtet im amerikanischen „Iron Age“ darüber, wie weitgehend besser die amerikanischen Betriebe für die Gesundheit der Arbeiter eingerichtet sind. Dr. Geier hebt ebenfalls die Zugabe ständiger ärztlicher Kräfte in hundert amerikanischen Betrieben hervor, während in England vielleicht nur 25, in Belgien nur 1 bis 2 Betriebe einen ständigen Arzt beschäftigen. Sehr schlecht sind die Verhältnisse in Europa nach den Erfahrungen Dr. Geiers in bezug auf die Beleuchtung der Fabrikräume, sowohl was die natürliche als was die künstliche Beleuchtung anbelangt. Durch schlechte Beleuchtung, die vor allem in den Büroräumen, Hotels, bei Bauunternehmungen, aber auch sonst festzustellen war, werden die Arbeiter übermäßig ermüdet. Die Reinlichkeit läßt überall viel zu wünschen übrig und es geschieht wenig zur Verhütung von Krankheiten.

Interessant ist die Begründung Dr. Geiers dafür, warum es um die hygienische Ausrüstung und Sicherheit in den europäischen Betrieben schlecht bestellt sei. In Europa ist das Menschenleben billig und leicht zu ersetzen. Das Angebot an Arbeitskraft ist groß und die Zahl der offenen Stellen gering. Deshalb kann die Fabrik einen sehr großen Prozentsatz der Arbeitjuchenden ablehnen. In den Vereinigten Staaten werden wegen physischer Unzulänglichkeit bei der Arbeitseinstellung höchstens 5% der Arbeitjuchenden abgewiesen. In Europa ist aber ein solches Ueberangebot an Arbeitskraft, daß aus physischen oder andern Gründen oft 50% der Arbeitjuchenden abgewiesen werden. Deshalb ist es den europäischen Fabrikherren im Gegensatz zu den amerikanischen weniger wichtig, Einrichtungen für den Schutz der Gesundheit der Arbeiter zu schaffen.

**Fachliteratur.**

„Der Ladiere“ Nr. 4 ist soeben zum Versand gekommen. Er enthält als Leitartikel eine Würdigung des 12. Gewerkschaftskongresses, der in der Frage der Organisationsform wichtige, die Ladiere besonders berührende Beschlüsse fassen soll. Einem Aufsatz über Hygiene folgt Materialkunde, in der die Fabrikation der Holzölle eine Besprechung erfährt. Neue Wege der Ladiere-technik und Die Ladiere und die Deutsche Verkehrsaussstellung in München behandeln fachtechnische Fragen. Aus der Wirtschaft, aus unseren Sektionen und Büchern und Schriften vervollständigen den Inhalt.

**Literarisches.**

Sugo Seimann, M. d. N.: „Der Kampf um die Wertung.“ Verlag J. S. B. Dieckhoff, Berlin. 88 Broschüren 1 M. Der Verfasser schildert in der agitatorisch vollen Broschüre den Kampf um die Wertung von 1918 bis 1924, wie ihn die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten führten. Der Verfasser ist als die beiden Wertungsgegner im Wortlaut angeführt. Eingehend über diesen Kampf und über das Verhältnis halten der Deutschnationalen unterrichten will, dem Verfasser empfohlen.

Das S. d. N. Jugendbuch, herausgegeben von der Jugendleitung des Zentralverbandes der Angestellten, Zentralverband der Angestellten, Berlin, S. O., Straße 40-41. 80 Seiten, gebunden 75 P., in Heftform 1 M. Organisationspreis 40 P. Das gut ausgestattete Buch enthält neben einer Auswahl von Jugend- und Lieber noch mehrere Abhandlungen, in denen über die im S. d. N., unser Ziel und die Freude am Wandern geht. Ein Prolog von Franz Rothenthaler, einige Ergüsse aus der deutschen Reichsverfassung und eine Sprüche erhöhen die Wirkung dieser gelungenen Erscheinung.

„Urania“, Monatshefte für Naturerkenntnis und Wissenschaft. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. 12. Heft der „Urania“ (September) ist soeben erschienen. Der 4. Buchheft „Das proletarische Kind“ in der „Urania“ von Dr. O. S. (Wien) erschienen. Als Schlussnummer des 1. Jahrganges hält es ein ausführliches Namen- und Sachregister, Durchsicht schon mit überzeugender Deutlichkeit die Notwendigkeit dieser Wissensvermittlung für das Proletariat erweist. Wäge der nunmehr im Oktober beginnenden 2. Jahrgang unser „proletarisches Kind“ zahlreiche Freude zuführen. Bezugspreis vierteljährlich nur 1,60 M. Broschüren oder 2,25 M. mit dauerhaft in seinen gebunden Buchheftgabe.

Der Kleine Broghaus. Handbuch des Wissens in 10 Bänden. Verlag J. A. Broghaus, Leipzig. Von diesem 10 Bänden Wert in 10 Bänden 1,90 M. (ermäßigter Einzelpreis) liegt Lieferung 4 vor (Gol. bis Imp). Unter 1 enthält das 2. Karten-Sammelband, eine bunte Heimstätten und 2 schwarze Tafeln Kunsthandwerk.

Der Volksweltbund, über dessen gemeinnützige Tätigkeit wiederholt berichtet, bringt eine neue Nummer. Zeitschrift heraus, die eine Reihe nützlicher Nachrichten, Erhellung, Reise und Wanderung bringt. Interessieren vor allem ein Aufsatz über das Alpenjubiläum in Gollubischen Paznanant und die Fortsetzung der im vorigen beschriebenen Hefenfabrik. Dankschwert sind auch die über die billige Art des Reisens und die Ausbreitung weiterer Fahrten in die Schiffschifferei, in den Gars und Kriegenbürgen. Die neueste Nummer der Zeitschrift Volkswelt und sonstige Material versendet gegen Bestätigung des Postos die Geschäftsstelle Berlin S. O. 48, Wilhelmstraße.

Einem ewigen Tagekalender hat W. Dieckhoff in H. H. heim (Preis Karlsruhe) konzipiert und herausgegeben für dauernd Datum und Wochentag zuverlässig anzuzeigen mag. Er baut sich auf der Landschaft auf, daß die Wochen für jeden Monat stimmen. Wenn am ersten des Monats richtige Tag eingestellt ist, die Handhabung ist denkbar und wird durch eine auf der Rückseite befindliche Tafel und einseitig erklärt. Der Kalender ist aus dauer Material hergestellt und zum Preise von 1,60 M. vom Verlag zu beziehen.

Vom 30. Aug. bis 5. Sept. ist die 36. Beitrags...

**Sterbetafel.**

Berlin. Am 18. August starb der Kollege Paul Ra... geboren am 21. August 1870 in Sulau. Grünberg (Schlesien). Am 23. Juni starb in Miesitz Kollege Karl Ulrich im Alter von 43 Jahren Lungenentzündung. Ihre ihrem Andenken!

**Anzeigen**

**Malergehilfe**

der mit Maschine perfekt Schablonen schneidet, auf Anfertigung von Vorlagen bewandert ist, auf dauernd einer Hamburger Schablonenfabrik gesucht. Angebote Nr. 27 an die Expedition des Maler.

**Tüchtige Bühnenmaler**

für 1. Oktober oder früher gesucht.

G. Danner, Abt.: Bühnenbau Mühlhausen i. Th.

**Gewissenhaft und selbständig Möbelmaler**

arbeitenden nicht unter 22 Jahren, stellt sofort ein

G. G. Schmidt, Möbelfabrik, Böhmert i. Th.

**Meckibg. Maler-Technikum Schwerin i. M.**

Planmäßige, gewissenhafte und gründliche Ausbildung in allen Fächern für die Praxis. / Arbeiten der Schüler auch wieder allen besichtigten diesjährigen Fachausstellungen als hervorragend praktisch und zeitgemäß anerkannt und in Neubrandenburg mit „Höchster Auszeichnung“, in Cöthen mit „Staatsmedaille“ bewertet.

**Meister- und Gehilfenprüfungen**

Wintersemester vom 1. Oktober bis 31. März.

Gute und billige Wohn- und Verpflegungsverhältnisse. - Eintritt jederzeit! Aufklärungsschrift und Lehrplan usw. kostenlos durch die Direktion.